

für Halle monatlich bei vierteljährlicher Anstellung 7,50 Mark, vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 22,50 M. einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Einmalige, Zeitungsbestellungen unter Erstattung der Postgebühren sind ebenfalls angenommen. Die Halle-Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Besondere nur mit der Geschäftsleitung der Halle-Zeitung in Verbindung. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Sängerei-Abt. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Völkische Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Samstagsausgaben 40 Pf., Rationen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstag: 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Braubauerstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Groß-Willichstr. 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4699.

Nr. 421.

Halle, Donnerstag, den 9. September 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Sozialistenfurcht.

Schwohl in Deutschland und auch sonst im nicht-russischen Ausland nach einer Reihe sozialistenfreundlicher Beschlüsse der sozialistischen Parteien eine offensichtliche Entschärfung eingetreten ist, bleibt doch genug übrig, um eine gewaltige Umstellung in der politischen Wirtschaft, von sozialistischen Gedanken beeinflusster Anschauungsweise auch derer festzustellen, die sich sonst einer Zerteilung größerer Machtbefugnisse an die Arbeiterklasse und einer Verdrängung von Sozialisten- und Kommunismustheorien gegenüber ablehnen verweigern. Vielleicht hat gerade die Erkenntnis dazu beigetragen, daß sich mit der Arbeiterklasse recht gut patieren läßt, wenn sie sich unter Einmütigkeit und durchführbarer Theorie darauf beschränkt, den ausgereizten Kern marxistischer Streit zur Debatte zu stellen, und an ihrer selbstgenügsamen Verarbeitung mitzuwirken. So erklärt sich auch, daß die seit den Tagen der Revolution bestehende Furcht vor einer Ueberpannung des Sozialisierungsgedankens allmählich zu wachen beginnt, ja es finden sich selbst unter den früher unumwogenen Vertretern der Verstaatlichung der Produktion Sozialisten, die sich, wie beispielsweise Wiffel auf der zweiten Sozialisierungskommission, einer auch von Demokraten gestützten Mehrheit angeschlossen haben, die dem Privateigentum, um nur einen Punkt hervorzuheben, lediglich den Handelsverkehr und den Reizegenstand aus dem Umfang entziehen und der Allgemeinheit zuführen wollen. Aber nicht nur in Deutschland hat sich der Sozialismus zu einer praxisfähigen und damit verständnisfähigeren Anschauung bekehrt, auch in Spanien und England hat sich die anfänglich drohende Haltung der von kommunistischen Einflüssen infizierten Arbeiterklasse verflüchtigt. Während noch kürzlich in Italien Sabotage und alle Schreden proletarischen Terrors der Ausperrung von Arbeitern in der ungenügend beschäftigten Metallindustrie zu folgen drohte, zeigt sich auch hier, daß die Gewerkschaften vor einem offenen Kampf zurücktreten. Diese haben es der Metallarbeiterorganisation deshalb anheimgegeben, den Kampf und seine Folgen durch besondere Abmachungen mit den Industriellen zu vermeiden. Und während in England die den Trade Unions angehörenden Bergarbeitern wegen ihrer Unzufriedenheit mit einem Generalkonflikt drohten, und lange Zeit alle Bemühungen, eine Verständigung herbeizuführen, scheiterten, erklärt jetzt einer der Führer des gewerkschaftlichen Streikbundes in zwölfter Stunde, der industrielle Friede sei ebenso nötig wie der internationale. Auf Grund dieser Erklärung, der eine zur Verhinderung mahnende Aufforderung des Gewerkschaftsvorstandes Thomas voransetzt, hat sich jetzt ein großer Teil der Eisenbahndelegierten für eine Verständigung des Bergarbeiterstreiks eingeleitet. Wenn ein Vergleich zwischen englischen und italienischen Verhältnissen gestattet ist, so kann gesagt werden, daß die Stimmung der ital. Arbeiter, trotzdem ihr Vaterland ebenfalls zu den Siegern gehört, bedeutend und explosionsfähig ist als bei den englischen Genossen. Trotz der Vermittlung einiger Minister beharrt die italienische Arbeiterklasse, zum Teil in Widerstreit zum Gewerkschaftsparade, auf der Anerkennung ihrer Rechte einer Kontrolle der Rohstoffverwaltungen und einer Beteiligung an der Rentabilität. Allergemein verfaßt sich die italienische Regierung während dieser Auseinandersetzung neutral, in der Hoffnung, durch eine Vermittlung jene mittlere Linie zu finden, die unter Anerkennung eines grundsätzlichen Anspruchs der Arbeiterklasse auf gerechtere Bewertung ihres Anteils an der Produktion, beiden Seiten gerecht zu werden vermag. Erfolgreichweise kann man sich stellen, daß der Schreden eines Auswuchses der materiellen Arbeiterforderungen bei uns organisch gebündelt zu sein scheint, während im Ausland der Weg, den wir zuerst beschritten haben, eritaktend geschritten wird, ohne daß sich die nächsten Folgen mehr nach der guten oder bösen Seite hin bereits übersehen lassen.

Die Konferenz in Stresa.

Stresa, 8. Sept. „Agenzia Stefani“ Die Sachverständigen beschäftigten sich gestern zunächst mit der gegenseitigen Mitteilung der Methoden und der Märkte für den Ankauf von Waren des allgemeinen Verbrauchs. Es wurde im allgemeinen festgestellt, daß kein erster Konflikt der Interessen in diesem Punkte vorliege. Ferner besahe man sich mit einer genauen Feststellung des deutschen Bedarfs und mit der Frage, was Italien für Rechnung der von ihm zu leistenden Vorhülle gegebenenfalls liefern könne.

Der Völkerbund und der internationale Verkehr.

Paris, 7. Sept. Wie bereits gemeldet, hat der Völkerbund die Absicht, sich mit einer internationalen Erleichterung des Passwesens zu beschäftigen. Unter dem Titel „Der Völkerbund und die Schwierigkeiten des internationalen Verkehrs“ hat der Völkerbund nunmehr folgende Communiqué herausgegeben: „Die Schwierigkeiten über die Reiseweise und die anderen Schwierigkeiten dieser Art, die den Reisenden begegnen, machen die Verbindungen zwischen der verschiedenen Ländern recht schwierig und verursachen Auf-

enthaltende und beträchtliche Unkosten. Diese Frage ist eine von denen, die in die Tätigkeitsphäre des Völkerbundes fallen. Der Völkerbund hat sich damit beschäftigt, die Unannehmlichkeiten zu beseitigen und nach Abgabe der nötigen normalen Befähigungen im Verkehr der Völker untereinander wieder herzustellen. In der Sitzung des Rates des Völkerbundes in San Sebastian ist entschieden worden gegen Ende des Jahres 1921 nach Barcelona eine Konferenz zur Organisation des Verkehrs einzuberufen, die unter der Leitung des Völkerbundes stehen soll. Diese Konferenz wird sich mit allen Fragen der internationalen Reisenden beschäftigen und wird Verbesserungsversuche vornehmen. Das provisorische Verkehrsmittee in Paris, das unter der Präsidien des Herrn Clavelle steht, hat entschieden, daß auf Wunsch des Völkerbundes so schnell wie möglich die besten Mittel fundiert werden sollen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu beseitigen. In die Ausgabe direkter internationaler Fahrten auf allen großen Strecken wieder einzurichten, um die Zollverfahren und die Vorschriften zu vereinfachen, die zur Erlangung von Pässen und Visas ausgegeben sind, sowie auch um die Kosten zu verringern, die die Erlangung eines Passes jetzt verursachen. Ein spezielles Untermittee soll am 15. Oktober zusammenkommen, um diese Fragen zu studieren. Dieses Untermittee wird Vertreter aller europäischen Mitglieder des Völkerbundes umfassen. Die Regierungen Österreichs, Bulgariens und Ungarns sind eingeladen worden, Vertreter zu entsenden. Der Völkerbund ist beauftragt worden, alle notwendigen Unterlagen über die gegenwärtige Lage zu beschaffen und über die Mittel zur Herbeiführung einer Erleichterung.“

Eine deutsche Note an die Friedenskonferenz.

BRN, Berlin, 8. Sept. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Unter rücksichtslosen Eingriffen in die Versorgung der deutschen Kohlenverbraucher, welche die deutsche Regierung alles daran, die in Spa übernommenen Kohlenlieferungsverpflichtungen zu erfüllen. Ihre Bemühungen waren bisher von Erfolg gekrönt. Die täglichen Lieferungen des Monats August lassen erkennen, daß das Lieferungsoll in diesem Monat erreicht werden wird. Die deutsche Regierung sieht sich jedoch für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen mit allem Nachdruck darauf zu lenken, daß ihr die Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen nennlich gemacht wird, wenn die Kohlenproduktion, die ihr zur Zeit der Verhandlungen von Spa zur Verfügung stand, eine Einschränkung erfährt. Diese Beschränkung ist durch die immer enger werdende Lage in Oberschlesien eingetreten. Während die mit dem Vertreter der Bergarbeiterorganisation vor kurzem in Oberschlesien geführten Verhandlungen volles Verständnis der Bergarbeiter für die überaus schwierige Lage Deutschlands und ihre Bereitwilligkeit erkennen ließ, durch Mehrarbeit die ober-schlesische Kohlenförderung zu steigern, so bewirkte die angeblichen Vorgänge in Oberschlesien, daß im Gegenteil die Kohlenproduktion ersärfend gesunken ist und daß von dem Deutschland belassenden Anteil an der ober-schlesischen Kohlenförderung nur noch verschwindende Mengen nach Deutschland gelangen. Ein Erlaß dieser Bestimmungen durch weitere Klärung der Inlandversorgung ist nicht möglich. Der deutschen Regierung ist durch die Bestimmungen des Friedensvertrages über Mäßigkeit genommener, überreicht für die Beseitigung der Gründe des Rückganges der ober-schlesischen Steinkohlenförderung Sorge zu tragen. Sie sieht sich daher gezwungen, an die verbündeten Regierungen nochmals die dringende Bitte zu richten, unverzüglich die in den deutschen Noten vom 21. und 25. August geforderten Maßnahmen zu ergreifen. Nach gegen eingegangenen telegraphischen Meldungen soll die interalliierte Kommission die Kohlenleistungen aus Oberschlesien überhaupt gesperrt haben. Wie die deutsche Delegation in Spa darzulegen und die dortige Konferenz durch den Mund des Ministerpräsidenten Lloyd George und des Präsidenten der Konferenz Delcort ausdrücklich anerkannt hat, ist die Auslieferung des Kohlenabkommens vom 1. Juni 1920 abhängig von der andauernden Belieferung Deutschlands mit ober-schlesischer Kohle.

Die russisch-polnische Frage.

Paris, 8. September. Ein Kopenhagener Spanas-Telegramm besagt, der Redakteur der „Sozial-Demokraten“ in Christiania Christu, ein linkssozialist. ist aus Moskau zurückgekehrt, wo er an dem Kongress der 3. Internationale teilgenommen hat. Er erzählt, daß gegenwärtig die Sowjetbetriebe von Truppen des Frauenbataillons besetzt sind. Die rote Frauengarde trägt Uniform und Gewehr.

Neue Garantieforderungen Rußlands.

Warschau, 7. Sept. Die Pressebestellung im Ministerium des Äußeren teilt mit: Am 6. d. Wts. trat ein Ruckspruch Tschitschens ein, in welchem dieser neue Garantien für die Konferenz in Riga fordert. Tschitschens befragt den Empfang der durch den polnischen Gesandten in Riga übermittelten Forderung der lettischen Regierung und verlangt weiter, daß sich die von ihr zugehörige Integrität nicht nur auf die Hauptdelegation, sondern auch auf das Hilfspersonal und die Räumlichkeiten der Delegation erstrecken

soll. Außerdem verlangt er Garantien für das Zulassen von mehr als einer Delegation. Darauf hat die lettische Regierung durch Ruckspruch geantwortet, daß, trotzdem derartige neue Forderungen das Zustandekommen der Konferenz nur verzögern, der lettische Gesandte in Riga angezogen worden ist, auch diese neue Forderung der lettischen Regierung zu unterbreiten und das Ergebnis sofort nach Moskau zu berichten.

Grüne Armeen in Sowjetrußland.

Königsberg, 7. Sept. Die „Römischesberger Allgemeine Zeitung“ teilt mit: Stauische Flüchtlinge, die aus Rußland in ihre Heimat zurückkehren sind, berichten, daß auf dem platten Lande vielfach die grünen Armeen in Petersburg und Moskau die Stimmung aus Anlaß der Mißfolge der russischen Armee nicht gut sein. Meldungen aus Plesingors bestätigen die wachsende Unzufriedenheit, die sie der starken Propaganda der sozialrevolutionären Organisationen zuschreiben. Bauernstände werden aus dem Süden und auch aus den Gouvernements Moskau, Nischni-Novgorod und Petersburg gemeldet; ferner aus den Gouvernements Ufa, Tula und Kurk, wo aus Delektoren gebildete „grüne Armeen“ plündernd durch das Land ziehen. Die antikommunistische Bewegung insofern, als auch in der Richtung der bolschewistischen Triumphe wider. Trotz ansehnlicher Aufhebung der Todesstrafe sind noch Ansehen Moskauer Wälder in Moskau vom 22. Mai bis 22. Juni 600 Personen und in der Zeit vom 22. Juni bis 22. Juli 898 Personen erschossen worden. Unter diesen nimmt in den Nordgouvernements die Hungersnot einen geradezu katastrophalen Charakter an. Sie wird auf Millionen und große Einschüpfung der Auslast zurückgeführt.

Von der Wrangel-Front.

London, 8. Sept. Die „Times“ melden aus Konstantinopel, General Wrangel habe die Halbinsel Taman geräumt.

Die Bolschewisten in Armenien.

Amsterdam, 8. September. Einer Spanas-Neuter-Meldung aus Tiflis zufolge haben die Bolschewisten trotz der mit den Armeniern abgefolgten Waffenstillstands-Präliminarien den Barmatich fortgesetzt und mehrere Bezirke besetzt. Die armenische Delegation erhob sich, auch im Hinblick auf die Bolschewisten den Befehl, den Barmatich einzunehmen. Sie führten zu ihrer Verteidigung das Hehen jeder Verbindung zwischen den bolschewistischen Truppen und der Barmatichregierung an. Der Präsident der armenischen Delegation verlangte trotzdem die Befreiung der Schulgen und Schadenersatz.

Meuterei eines Gefangenentransportes.

Danzig, 7. Sept. (Ein. Meldung.) Der deutsche Dampfer „Doin“ mit 200 polnischen Gefangenen von Danzichen nach dem westlichen Deutschland an unterwegs, mußte am Sonntag wegen Sturm die Danziger Bucht an und warf vor Ropot Unter. Der Kapitän und der Transportführer begaben sich, wie die „Danziger Neuesten Nachrichten“ melden, an Land, um in Ropot Proviant zu beschaffen. Während ihrer Abwesenheit von Bord hatten sich bolschewistische Elemente von Ropot auf das Schiff begeben und die Gefangenen mit Spirituolen lo reichlich traktiert, daß bei Rückkehr des Transportführers und des Kapitän eine Meuterei an Bord ausbrach. Die Russen verlangten, vom deutschen Schiffsoffizier aufzuwecken, sofort freigelassen zu werden und leisteten sich an, als ihrer Forderung nicht Folge gegeben wurde, den Schiff an Küren. Als die Haltung des Postens unbeschäftigt blieb, krenzte dieser den aufreißerischen Ruch durch eine Angel durch den Kopf nieder. Darauf trat eine Entschärfung unter den Bolschewisten ein. Der Dampfer lief Neufahrwasser an und wurde unter Bewachung der Sicherheitskomitee gestellt. Auf Weisung des deutschen Reichs- und Staatsministers in Danzig wird der Dampfer noch heute keine Weiterreise antreten. Die Leiche des erschossenen Schiffsoffiziers liegt an Bord. Die Untersuchung über die Vorfälle soll auf deutschem Boden erfolgen.

Vom Völkerbundsrat.

Amsterdam, 8. Sept. Einer Meldung des „Telegraaf“ aus London zufolge wird der Völkerbundsrat, der am 10. September in Paris zusammentritt, wichtige Fragen, in der Hauptsache die diplomatischen Charakteren erledigen. Er wird sich mit der Frage der Handelszölle und mit dem deutschen Bericht über die Belgier in dem annektierten Gebiet von Eupen und Malmedy befassen. Hierbei wird er das vorgelegte Beweismaterial mit dem von den belgischen Behörden gelieferten Material vergleichen, bevor darüber beschlossen wird, ob in diesem Gebiet eine Volksabstimmung stattfinden soll oder nicht. Außerdem wird der Rat mit dem von der gemischten Kontrollkommission aufgestellten Bericht über die Verwaltung des Saargebietes befassen.

Der Streit um die amerikanischen Milchkuhe.

Die Birekratie, die in der deutschen Republik nichts von ihrem früheren Einfluß und wenig von ihrem internationalen Prestige verloren hat, steht im Begriff, eine mögliche Stillsetzung deutsch-amerikanischer Streit für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zum Scheitern zu bringen. Nichts ist so geeignet, das Mißgeschick der Kulturwelt für Deutschlands Notlage wahrzunehmen und es zu praktischer Hilfeleistung aufzufachen als die Tatsache des Hinsterbens und Dahinsinkens von Millionen deutscher

